

Zeitschrift: Mittex : die Fachzeitschrift für textile Garn- und Flächenherstellung im deutschsprachigen Europa

Herausgeber: Schweizerische Vereinigung von Textilfachleuten

Band: 93 (1986)

Heft: 12

Rubrik: Volkswirtschaft

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

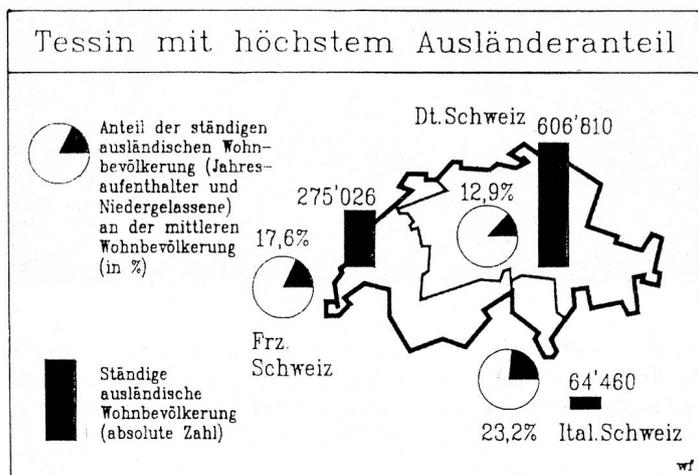
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 01.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Volkswirtschaft

Zunahme der erwerbstätigen Ausländer



Ende August 1986 umfasste die ausländische Wohnbevölkerung (Jahresaufenthalter und Niedergelassene) in der Schweiz gut 946 000 Personen; das waren rund 15 000 mehr im Vergleich zum Vorjahr. Absolut hielten sich am meisten Ausländer in der deutschen Schweiz auf. Gemessen an der jeweiligen Bevölkerung stand allerdings die italienische Schweiz mit einem Ausländeranteil von gut 23% an der Spitze. Gesamtschweizerisch stieg die Zahl der im Erwerbsleben stehenden Jahresaufenthalter und Niedergelassenen innert Jahresfrist um rund 17 000 Personen auf insgesamt knapp 560 000 an, gleichzeitig ging die Zahl der Nichterwerbstätigen um gut 1800 auf rund 388 000 zurück. Gemessen am Total der ständigen ausländischen Wohnbevölkerung betrug damit der Anteil der erwerbstätigen Jahresaufenthalter und Niedergelassenen rund 59%; knapp einen Prozentpunkt mehr als im Vorjahr. Diese Zunahme der Ausländererwerbsquote dürfte auf den weiterhin anhaltenden Konjunkturaufschwung zurückzuführen sein.

Industrie spart Energie

Im Jahre 1985 betrug in der Schweiz der Endverbrauch elektrischer Energie über 41 000 Mio. Kilowattstunden (kWh). Im vergangenen Jahrzehnt nahm der Stromverbrauch damit um 43% zu. Der Pro-Kopf-Verbrauch elektrischer Energie erreichte 1985 gut 6300 kWh, 40% mehr als 1975. Mit der Zunahme des Stromkonsums einher ging auch eine Steigerung des Anteils der Elektrizität am Gesamtenergieverbrauch, nämlich von 16,9% im Jahre 1975 auf 20,5% im Jahre 1985. Dagegen entfielen 1985 nurmehr 65,7% des gesamten Energieverbrauchs auf flüssige Brenn- und Treibstoffe, verglichen mit 76,7% zehn Jahre früher. Die Abhängigkeit von Erdölprodukten konnte also markant verringert werden. In die restlichen 13,8% teilten sich 1985 Gas, Kohle und Koks, Holz, Fernwärme und Industrieabfälle.

Ihren Anteil am Stromverbrauch merklich gesteigert haben die Haushalte. Entfielen 1975 auf sie 25,9% des Endkonsums elektrischer Energie, so waren es zehn Jahre später 28,5%. Von 29,2% auf 31,5% nur bescheiden zugenommen hat der Anteil der in starker Entwicklung begriffenen Bezügergruppe «Gewerbe und Dienstleistungen». 7,3% verteilten sich 1985 auf Landwirtschaft, öffentliche Beleuchtung und Verkehr. Die Industrie verbrauchte 1985 noch 32,7% der elektrischen Energie, gegenüber 36,1% im Jahre 1975. Im Gegensatz zum Stromkonsum ging der Gesamtenergieverbrauch der Industrie im Jahrzehnt 1975/1985 aber nicht nur anteilmässig von 23% auf 19% zurück, sondern sank trotz höherer industrieller Produktion auch effektiv um 4,8%, während der schweizerische Energiekonsum insgesamt in diesem Zeitraum um 18% stieg.

Perspektiven des Arbeitsmarktes

Die aktuelle Lage am Arbeitsmarkt kann in der Schweiz zweifellos als gut bezeichnet werden: Die Arbeitslosenrate liegt unter einem Prozent, der positive Trend bei der Beschäftigung hält ungebrochen an. In verschiedenen Bereichen ergeben sich sogar bereits ernsthafte Personalengpässe. Kurzfristig, das heisst für das laufende und das kommende Jahr, lauten die Prognosen allgemein zuversichtlich, die Arbeitslosenrate dürfte sich gar noch leicht zurückbilden. Wird der Zeithorizont etwas verlängert, lassen sich allerdings kaum mehr zuverlässige Prognosen formulieren. In der mittleren Frist erscheint es daher sinnvoller, sich mit möglichen Perspektiven des Arbeitsmarktes auseinanderzusetzen.

Unterschiedliche Bestimmungsfaktoren

Der Einfachheit halber seien hier zur Beurteilung der Zukunftsperspektiven im wesentlichen vier grosse Gruppen von Bestimmungsfaktoren unterschieden: die Demographie, die allgemeine wirtschaftliche und technologische Entwicklung, Ausbildungsfragen sowie die politischen Rahmenbedingungen.

Die Demographie beziehungsweise die Entwicklung des Arbeitskräftepotentials ist mittelfristig am sichersten abschätzbar. Das Angebot an Arbeitskräften belief sich in der Schweiz 1985 auf gut 3,1 Millionen Personen. Bis gegen Ende dieses Jahrzehnts wird es aufgrund der auf den Arbeitsmarkt drängenden geburtenstarken Jahrgänge der 60er Jahre noch etwas anwachsen. Ungefähr ab dem Beginn der 90er Jahre ist mit einer Trendumkehr zu rechnen, die geburtenschwachen Jahrgänge werden für eine Verringerung des Arbeitskräftepotentials sorgen. Vorboten dieser Entwicklung zeigen sich heute in sinkenden Schülerzahlen sowie in einem sich in bestimmten Bereichen schon abzeichnenden Lehrlingsmangel. Obwohl hier Fragen der Ausländerpolitik und des Rentenalters ausgeklammert bleiben müssen, kann davon ausgegangen werden, dass die demographische Entwicklung ab dem Beginn der 90er Jahre zu einer Entlastung des Arbeitsmarktes führen wird.

Die allgemeine Entwicklung der Wirtschaft und der neuen Technologien kann mittelfristig hingegen nicht

exakt abgeschätzt werden. Unter Experten herrscht immerhin dahingehend ein gewisser Konsens, dass lediglich mit mässigen realen Wachstumsraten gerechnet werden darf. Aufgrund der konjunkturellen Entwicklung sowie unter Berücksichtigung auch einer gewissen Produktivitätssteigerung dürfte der Spielraum zur Erhöhung der Nachfrage nach Arbeitskräften somit eher bescheiden ausfallen. In bezug auf die neuen Technologien ist vorerst nur eines sicher: Das Entwicklungstempo ist enorm hoch. Zu den Beschäftigungsauswirkungen lässt sich kaum Verbindliches aussagen. Es sind sowohl Szenarien mit positiven als auch mit negativen Auswirkungen denkbar. Die bisherigen Erfahrungen zeigen aber doch, dass sich die Anforderungsprofile an die Arbeitskräfte ändern, die Nachfrage nach niedrig Qualifizierten sinkt zugunsten höherer Qualifikationen.

Diese Erkenntnis führt direkt zum Problemkreis der Ausbildungsfragen. Die Einsicht ist zwar banal, hat sich aber noch immer nicht überall durchgesetzt: Je besser den Herausforderungen nach neuen und höheren Qualifikationen Rechnung getragen werden kann, desto positiver sind die Effekte auf den Arbeitsmarkt. Das schweizerische Bildungswesen zeichnet sich wohl durch eine recht hohe Qualität aus, das System als Ganzes ist aber ausgesprochen träge, Änderungen von grösserer Tragweite sind nur sehr schwer durchsetzbar. Es stellt sich die bange Frage, ob unser Ausbildungssystem mit der rasanten technologischen Entwicklung mithalten kann oder ob sich eine gefährliche «Ausbildungslücke» grösseren Ausmasses öffnet.

Die politischen Rahmenbedingungen schliesslich bieten ein grosses Feld gestalterischer politischer Möglichkeiten. In den vergangenen Jahren herrschte allgemein ein Trend zu verstärkter Reglementierung vor, was sich auch auf dem Arbeitsmarkt in einem beängstigenden Verlust an Flexibilität niederschlug. Leider verheisst auch ein Blick in die Zukunft wenig Gutes, von Deregulierung dürfte in absehbarer Zeit kaum ernsthaft die Rede sein. In diesem Zusammenhang sei nur etwa an die Initiativen für einen erhöhten Kündigungsschutz sowie für eine generelle Arbeitszeitreduktion erinnert. Beide Vorlagen würden der Verkrustung des Arbeitsmarktes in beängstigender Art und Weise Vorschub leisten.

Gestalterische Option

Schon nur die kurze Erläuterung dieser vier Gruppen von Bestimmungsfaktoren belegt die Problematik einer zuverlässigen mittelfristigen Arbeitsmarktprognose. Angesichts dieser Erkenntnis erscheint folgendes von Bedeutung: Die Arbeitsmarktperspektiven sollten vermehrt auch als eine gestalterische Option begriffen werden. Die politischen Einflussmöglichkeiten sind recht gross, sie müssen erkannt und positiv genutzt werden. Die einzuschlagende Richtung liegt auf der Hand. Im engeren Arbeitsmarktbereich muss die Flexibilität generell erhöht werden. Von entscheidender Bedeutung sind zudem auf gesamtwirtschaftlicher Ebene möglichst offene und funktionsfähige Märkte. Die Chancen einer positiven Nutzung der bestehenden Optionen sind unter derartiger Voraussetzungen – generell liberalere Rahmenbedingungen – zweifellos am grössten.

Zunahme der EFTA-Exporte

Der 1960 als Antwort auf die Europäische Gemeinschaft gegründeten Europäischen Freihandels-Assoziation (EFTA) gehören gegenwärtig die Länder Österreich, Finnland, Island, Norwegen, Schweden und die Schweiz an. Im Jahr 1985 umfassten die EFTA-Exporte insgesamt rund 108,1 Mrd. US-Dollar (265,1 Mrd. Fr. zum mittleren Jahreskurs des Dollars 1985), oder 3,8% mehr als 1984. Mit 52,9% ging der grösste Teil dieser Exporte in den EG-Raum. Weitere 13,6% entfielen auf den EFTA-Binnenhandel, 8,5% auf die USA, 6,4% gingen nach Ost-Europa und 1,8% nach Japan. Die verbleibenden 16,8% wurden in die übrige Welt exportiert.

Der EFTA-Binnenhandel umfasste im Berichtsjahr 1985 rund 14,7 Mrd. US-Dollar (36,0 Mrd. Fr.); 5,7% mehr im Vergleich zu 1984. Die Länder mit dem grössten Handelsvolumen innerhalb der EFTA waren Schweden, Norwegen und Finnland. Die Exporte der Schweiz in die EFTA-Länder umfassten 1985 rund 2,1 Mrd. US-Dollar (5,1 Mrd. Fr.), was einem Zuwachs von 6,0% gegenüber 1984 entspricht. Diese Exporte verteilten sich zu 51,5% auf Österreich, 26,3% auf Schweden, 11,2% auf Norwegen, 10,6% auf Finnland und 0,4% auf Island.

Hinkt die Industrie hinterher?

Jüngste Meldungen über Schwierigkeiten bedeutender Industrieunternehmungen lassen erneut die Frage nach der Verfassung und den Perspektiven der schweizerischen Industrie aufkommen. Betrachtet man die Entwicklung der vergangenen 25 Jahre, so fällt auf, dass ab 1975 die industrielle Wertschöpfung (Nettoergebnis der Produktion) deutlich hinter der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung, dem Bruttoinlandprodukt, zurückgeblieben ist. Von 1960 bis 1985 wuchs das Bruttoinlandprodukt von 37,4 auf rund 228 Mrd. Franken, die Wertschöpfung der Industrie (ohne Bergbau, Baugewerbe, Elektrizitäts-, Gas-, Wasserversorgung, Ver- und Entsorgung) von etwa 13,8 auf rund 63 Mrd. Franken real, das heisst zu konstanten Preisen, nahm die Wertschöpfung der Gesamtwirtschaft um rund 92% zu, jene der Industrie dagegen nur um gut 61%. Ein kräftiger Aufwind erfasste letztere erst wieder 1984/85. Am erfolgreichsten präsentiert sich die Chemische Industrie. Sie vermochte im Zeitraum 1960/85 ihre Wertschöpfung real fast zu verdreifachen, während es der Maschinen-, Apparate- und Fahrzeugbau real auf das Eineinhalbfache brachte und damit 1985 trotz des Aufschwungs sogar hinter den Ergebnissen der Jahre 1970 bis 1975 und 1980/81 zurückblieb. Gar 15% unter dem Resultat von 1960 lag 1985 die allerdings wieder Fortschritte verzeichnende Uhrenindustrie und Bijouterie. 1986 dürfte die Industrie insgesamt die Zuwachsraten des Vorjahres kaum mehr erreichen.

Härtere Zeiten

Wie erklärt sich dieses relative Zurückbleiben der Industrie? Mit der scharfen Rezession von 1974 bis 1976

fand die beispiellose Wachstumsepoche nach dem Zweiten Weltkrieg ein Ende. Der Übergang zu flexiblen Wechselkursen machte der Unterbewertung des Schweizer Frankens ein Ende und setzte unsere Wirtschaft damit einer schärferen Konkurrenz aus. Die restriktive Ausländerpolitik verunmöglichte den weiteren Rückgriff auf billige ausländische Arbeitskräfte. Hinzu kamen weltwirtschaftliche Entwicklungen wie die drastische Verteuerung des Erdöls und anderer wichtiger Rohstoffe sowie die zunehmende Konkurrenzierung vor allem durch Länder im pazifischen Raum. Der rasante Fortschritt in der Elektronik revolutionierte die Produktionsmethoden und brachte Konkurrenzvorteile zum Verschwinden. Dabei wurde der internationale Handels- und Zahlungsverkehr erschwert durch wachsenden Protektionismus.

Auf alle diese Entwicklungen war die schweizerische Wirtschaft und insbesondere die Industrie offenbar relativ schlecht vorbereitet. Von den damit verbundenen Strukturänderungen am meisten betroffen waren Industriezweige, die vorwiegend aufgrund des lange Zeit unterbewerteten Schweizer Frankens und der relativ billigen importierten Arbeitskräfte florierten. In Mitleidenenschaft gezogen wurden vor allem Branchen, die verhältnismässig wenig Möglichkeiten zur technischen Verbesserung ihrer Produkte haben. Es gab aber auch zahlreiche Firmen, die mit der technischen Entwicklung nicht Schritt gehalten haben und sich ausserdem auf den Weltmärkten noch neuen Konkurrenten gegenübersehen. Zu diesen zum Teil noch immer fortdauernden Schwierigkeiten gesellte sich eine Verschlechterung wichtiger Rahmenbedingungen wie der Arbeitskosten, der Steuerbelastung, der Dichte von Gesetzen und Verordnungen sowie der Verfügbarkeit von genügend Fachkräften in zukunftssträchtigen Wissensgebieten. Zwischen 1970 und 1984 verlor der sekundäre Sektor denn auch nicht weniger als 250 000 Arbeitsplätze.

Herausforderungen der Zukunft

Die Schweizer Industrie behauptet sich im internationalen Konkurrenzkampf im grossen und ganzen mit Erfolg. Dabei spielt die grosse Zahl der Klein- und Mittelbetriebe eine ausschlaggebende Rolle. Mehrheitlich haben sie die schlechten Jahre mit Flexibilität, Innovationskraft und marktkonformem Verhalten gemeistert. Von den derzeitigen Schwierigkeiten einzelner Grossbetriebe darf nicht auf die ganze Industrie geschlossen werden. Die Ausrüstungsinvestitionen wuchsen 1985 mit 10,3% real mehr als doppelt so stark wie im Vorjahr und erreichten damit einen Anteil von rund 11% an der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung. Darin widerspiegelt sich neben der im allgemeinen besseren Ertragslage und dem hohen Grad der Kapazitätsauslastung der Wille, die Herausforderungen des technischen Fortschritts anzunehmen und den Produktionsapparat entsprechend zu modernisieren – angesichts der Produktivitätsfortschritte wichtiger ausländischer Konkurrenten eine absolute Notwendigkeit. Nachdenklich stimmt dagegen, dass die Schweiz mit einem Anteil der Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen am Bruttoinlandprodukt von 2,3% 1983 im internationalen Vergleich absolut wie relativ zurückgefallen und hinter den USA, der Bundesrepublik Deutschland, Japan und Grossbritannien erst auf dem fünften Platz zu finden ist, nachdem sie 1979 mit 2,5% noch den Spitzenrang belegt hatte. Infolge weltwirtschaftlicher Unsicherheiten müssen besonders stark exportorientierte Betriebe Produkte mit besonderem Spezialisierungsgrad anbieten. Ferner gibt es heute sehr oft grösst-

mögliche Markt- und Kundennähe den Ausschlag im härter werdenden internationalen Wettbewerb, was von zahlreichen Unternehmungen eine selektive Internationalisierung mittels Vertretungen, Verkaufsgesellschaften, Fabrikationsgesellschaften und Joint Ventures verlangt. Durch eine Verbesserung der Rahmenbedingungen kann schliesslich der Staat der Industrie die Bewältigung der Zukunft erleichtern.

Zielkorridore für die Wechselkurse?

«On revient toujours à ses premiers amours» ist man versucht zu sagen, wenn man die Debatten verfolgt, die sich heute in etlichen internationalen Gremien über die Wechselkurse und das Gold abspielen. Da wird nämlich in allen Tonarten geklagt, über die schweren Nachteile, die das System des Floating mit sich gebracht habe, und der Sehnsucht nach stabileren Verhältnissen Ausdruck gegeben. Es wird sogar von einem gegenwärtigen «Non-system» gesprochen und eine Wiederkehr der seinerzeitigen Goldwährung heraufbeschworen. Nur wird kaum je klar analysiert, weshalb denn seinerzeit die Währungsordnung von Bretton Woods mit ihren stabilen Kursrelationen preisgegeben werden musste und welches die Veränderungen sind, die die Gegenwart von der Vergangenheit unterscheiden.

Ein solches Verhalten erscheint einigermaßen verständlich, wenn es vom einzelnen Exporteur oder Importeur, von einem Versicherer oder Vertreter des Fremdenverkehrs an den Tag gelegt wird. Denn in ihrer mikroökonomischen Betrachtungsweise ist es in der Tat ungemein lästig, wenn die Preise der Devisen das eine Mal in die Höhe gehen und später wieder sinken. Das stört die Abwicklung ihrer Transaktionen empfindlich. Die Zukunft ist ungewiss, und es müssen Absicherungsmassnahmen getroffen werden, die kostspielig oder vielleicht sogar schwer durchführbar sind. Das Leben wäre ohne Zweifel einfacher, wenn man sich auf fixe Wechselkurse verlassen könnte. Doch mit den Wünschen der unmittelbar Beteiligten ist es leider nicht getan.

Das grosse Vorbild

Immerhin gibt es nun seit 1979 innerhalb Westeuropas eine Konstruktion, die diesem Postulat weitgehend entgegenkommt: Das Europäische Währungssystem. Zwar will Grossbritannien sich vorläufig nicht daran beteiligen, obwohl das Pfund im «Währungskorb» enthalten ist, und Italien hat Sonderbedingungen in bezug auf die Schwankungsbreiten des Lirakurses zugestanden erhalten. Im übrigen aber funktioniert die getroffene Regelung noch geradezu erstaunlich gut, und an ihr orientieren sich denn auch die Forderungen. Sollten die Notenbanken auch in einem weiteren Rahmen wieder eine «Bandbreite» für den Dollarkurs festlegen und durch ihre Interventionen am Devisenmarkt aufrecht erhalten? Wären diese «Zielkorridore» nicht den heute vorherrschenden Geldmengenzielen vorzuziehen? Oder sollte man nicht sogar die Währung erneut «an das Gold binden», damit endlich wieder Ruhe einkehrt?

Bei derartigen nostalgischen Überlegungen wird gerne übersehen, weshalb das Europäische Währungssystem die gehegten Erwartungen erfüllte und warum im übrigen oft ein Überschiessen der Kurse etwa über jenes Niveau hinaus zu beobachten ist, die durch die Kaufkraftparitäten gegeben wären. Warum also hier nur von Zeit zu Zeit geringfügige Auf- und Abwertungen, beim Dollar dagegen bis zum Februar 1985 eine gewaltige Überbewertung und nachher ein so ausgeprägtes Sinken des Kurses? Die Erklärung für den ersten Teil der Frage liegt auf der Hand: Innerhalb der EG haben wir es mit Ländern zu tun, die eine gewisse Konvergenz der Wirtschaftspolitik praktizieren, die in ihrer Struktur ähnlich sind und bei denen ausserdem die Kapitalbewegungen vielfach noch längst nicht jenen Grad der Freiheit geniessen, der anderswo üblich ist. Das grosse Vorbild des EWS ist deshalb keineswegs ohne weiteres auf andere Verhältnisse übertragbar – es sei denn, diese Bedingungen würden auch dort hergestellt.

Die Gründe für den Zusammenbruch

Es war gewiss kein Zufall, dass die Schweizerische Nationalbank – vorher eine vehemente Verfechterin der Stabilität – am 23. Januar 1973 ihre bisherige Politik total korrigieren musste. Sie hatte sich bis dahin verpflichtet, alle ihr angebotenen Dollar zum Preis von Fr. 4.30 entgegenzunehmen. Doch sie musste es erleben, dass ihr immer mehr von diesen «Greenbacks» zum Aufkaufen zur Verfügung gestellt wurden, weil die Vereinigten Staaten glaubten, den Vietnamkrieg ohne Belastung der eigenen Staatsbürger finanzieren zu können – nämlich auf dem Rücken der Ausländer und auf dem Wege über Defizite in ihrer Leistungsbilanz. So kam es, dass im Zuge des Aufkaufens der Dollar die Geldmenge in der Schweiz sich fortgesetzt mehr vergrösserte, und zwar so sehr, dass ihre heftige Inflation unvermeidbar wurde.

Dass sich dagegen die Nationalbank und kurz darauf auch andere Notenbanken zur Wehr setzten, erscheint völlig verständlich. Sie wollten sich nicht mehr dem Diktat der von aussen bestimmten Zahlungsbilanzentwicklung beugen, sondern ordneten das Ziel der internen Preisstabilität demjenigen der Wechselkursstabilität über. Die Erhaltung der Kaufkraft des Geldes gegenüber den Gütern betrachteten sie als wichtiger denn die Sicherung des externen Geldwertes. Daran hat sich bis heute nichts geändert. Die autonome Geldmengenregulierung im Hinblick auf die Inflationsbekämpfung ist zwar kein unantastbares oberstes Ziel. Wenn sie aber in Konflikt gerät mit andern, kann man es den Währungshütern nicht verargen, wenn sie ihm Priorität einräumen.

Lehren von Bretton Woods

Darüber hinaus gilt es bei einem Rückblick auf die Ära vor 1973 im Auge zu behalten, dass jene Epoche gekennzeichnet war durch immer wiederkehrende Krisen. Kennzeichnete sich die Entwicklung in einem bestimmten Lande durch Fehlbeträge der Zahlungsbilanz, hervorgerufen beispielsweise durch eine überdurchschnittliche Inflationsrate, so erwartete man früher oder später eine Abwertung. Kapitalien wurden aus der betreffenden Volkswirtschaft abgezogen, die Zahlungsfrist für Exporte dorthin verkürzt und auf die andere Weise der Devisenverlust der Notenbanken akzentuiert, so dass sie sich schliesslich gezwungen sah, jene Wechselkursanpassung vorzuverlegen, die sie vielleicht für später in Aussicht genommen hatte. Es herrschten mit anderen

Worten keineswegs jene ruhigen und friedlichen Verhältnisse, wie sie heute oft so verklärt dargestellt werden.

Gewiss: die Lage in der Schweiz war in den sechziger Jahren beneidenswert. Dank der unverkennbaren Unterbewertung des Frankens war es damals möglich, selbst Feld-, Wald- und Wiesenartikel problemlos und mit Gewinn zu exportieren. Genau dies führte jedoch die schweizerische Wirtschaft auf eine falsche Fährte. Sie vergrösserte ihre Kapazitäten in riesigem Ausmass. Zur Bemannung holte sie Fremdarbeiter zu Hunderttausenden herein, auch wenn daran berufliche Qualifikationen zu wünschen übrig liess. Uhrenindustrie und Bauwirtschaft sonnten sich im Glanz ihrer leicht erzielten Gewinne. Als dann die grosse Wende kam, folgte auch die grosse Enttäuschung, der Zwang zur Redimensionierung und die Einsicht, man sei inzwischen überrundet worden. Es ist daher nicht übertrieben, zu behaupten, dass Verluste im Betrage von ungezählten Milliarden hätten vermieden werden können, wäre der Franken früher aufgewertet oder im Kurse freigegeben worden. Derartige Erfahrungen haben sich eingepreßt – insbesondere im Gedächtnis der Notenbankleiter. Die Unternehmer scheinen sie allerdings gelegentlich wieder zu vergessen.

Die internationalen Kapitalwanderungen

Nun ist allerdings nicht zu leugnen, dass längerfristige Über- und Unterbewertungen einzelner Währungen auch beim Floating vorkommen – man denke nur an den Dollar bis 1985. Doch die Ursachen dafür sind heute ganz anderswo zu suchen. Sie liegen darin, dass bei den weltwirtschaftlich bedeutungsvollen Währungen die Konvertibilität auch im Bereich des Kapitalverkehrs und nicht nur der laufenden Transaktionen hergestellt wurde und dass sich in Gestalt des Euromarktes ein riesenhaftes Reservoir und jedenfalls ohne weiteres von einer Währung zur anderen transferiert werden können. Dies hat zur Folge, dass die zwischenstaatlichen Kapitalbewegungen vielleicht 90% der Devisenmarktumsätze ausmachen und daher für die Wechselkursgestaltung viel wichtiger geworden sind als die laufenden Zahlungen. Die tatsächlichen Kurse können demzufolge auch auf längere Frist von jenen abweichen, welche durch die Kaufkraftparitäten oder durch den Ausgleich der Leistungsbilanz bestimmt wären.

Wenn deshalb die USA umfangreiche Defizite in ihrem Staatshaushalt verzeichnen und ein relativ hohes Zinsniveau aufweisen, wird es eben möglich, dass ihnen ungeheure Summen an Fremdmitteln zuströmen und dass der Dollar hartnäckig überbewertet bleibt. An der Existenz des Euromarktes ist indes nicht mehr zu rütteln. Ebenso wenig wird man bereit sein, die Konvertibilität der wichtigsten Währungen in bezug auf den Kapitalverkehr rückgängig zu machen. Damit ist aber auch der überwältigende Einfluss der internationalen Kapitalbewegungen auf die Wechselkurse zu einer Tatsache geworden, die kaum mehr aus der Welt zu schaffen ist. Sie durch Interventionen der Notenbanken zu neutralisieren, übersteigt ihre Fähigkeiten.

Die Harmonisierung

Was übrigbleibt, ist einzig eine Wirtschaftspolitik – insbesondere Geld- und Fiskalpolitik – die in den angeschlossenen Ländern einigermaßen aufeinander abgestimmt ist. In der Tat: wenn die Inflationsraten und der Beschäftigungsgrad, die Staatsverschuldung und das

Zinsniveau miteinander in Einklang stehen, werden auch die Wechselkurse keine grossen Verschiebungen erfahren – abgesehen vom Fall der sicherheitsbedingten Kapitalfluchterscheinungen. Dann erübrigt es sich aber vollends, der Wechselkurspolitik vorzuschreiben, gewisse Zielkorridore einzuhalten.

Die beteiligten Notenbanken würden sich ohnehin weigern, zu einem derartigen System zurückzukehren. Sie haben nämlich zur Genüge erfahren, dass der Primat der Wechselkursstabilisierung unter bestimmten Bedingungen völlig unvereinbar sein kann mit ihrer autonomen Geldmengenregulierung, die darauf abzielt, das Binnenpreisniveau so gut als möglich konstant zu halten oder das Zinsniveau auf einer gewollten Höhe zu fixieren. Vor die Wahl zwischen diesen verschiedenen Zielen gestellt, werden sie der Stabilisierung des internen Geldwertes den Vorrang einräumen vor einer Wechselkurspolitik, die ihnen von aussen auferlegt wird. Das hat selbst der Internationale Währungsfonds eingesehen und legalisiert. Es müsste sich daher in der Weltwirtschaft schon einiges zum Besseren wenden, bis wieder Ordnung mit übernationaler Disziplinierung der nationalen Notenbanken – und vor allen Dingen der Fiskalpolitik – eine realistische Erfolgchance bekäme. Vorher handelt es sich bei den Debatten lediglich um Sandkastenspiele.

«Aus dem Wochenbericht der Bank Julius Bär»

Wirtschaftspolitik

Technologische Schocks und Trends bis zum Jahre 2000

Es ist extrem schwierig, Veränderungen im Tempo, in der Richtung und in der Qualität des technologischen Innovationsprozesses festzustellen. Die Vorstellung technologisch bedingter «langer Wellen» ist attraktiv, im Nachhinein durchaus in die Geschichte hinein interpretierbar, aber für Prognosen ungeeignet. Entsprechende Spekulationen über eine längerfristige Neuerungswohle oder aber Innovationsflaute erfreuen sich in der Fachwelt und erst recht in der Öffentlichkeit einer grossen Beliebtheit, leiden aber an einem doppelten Mangel: Zum einen lassen sich die Hypothesen kaum in überprüfbare Formen bringen, zum andern sind diese Wellen derart langfristig, dass sie weder für die Wirtschaftspolitik noch für die Unternehmensführung wirklich ins Gewicht fallen. Im Gegenteil. Der Glaube an langfristig-deterministische Gesetze lähmt die aktive Gegensteuerung durch gebanntes Warten auf die «grossen Dinge», aber auch durch Verzicht auf die Wahrnehmung (immer vorhandener) kurzfristiger Chancen schrittweiser Verbesserungen. Unseres Erachtens widerspiegeln die vorherrschenden

Ideen über die langfristige Technologie-Entwicklung weit eher publizistische Modetrends als harte, greifbare Tatsachen.

Energietechnologie im Vordergrund

Bei aller Vorsicht und dem nötigen Respekt vor Überraschungen lässt sich dennoch sagen, dass die restlichen Jahre dieses Jahrhunderts – qualitativ betrachtet – mehrheitlich eine Fortsetzung derjenigen technologischen Veränderungen erwarten lassen, die seit dem Zweiten Weltkrieg bereits dominiert haben. Am leichtesten lassen sich noch Bereiche ausmachen, in denen die wichtigsten Änderungen auftreten werden: Energie, neue Materialien, Elektronische Rechner beziehungsweise Computer, Telekommunikation, Luft- und Raumfahrt und schliesslich Biotechnologie. In all diesen Sektoren (wie in andern auch) können natürlich unabsehbare Schocks in Form positiver Durchbrüche wie in Gestalt negativer Katastrophen niemals ausgeschlossen werden. Gerade in all den obgenannten Sektoren befindet sich aber so viel F & E in der Pipeline, dass die daraus resultierenden Trends einigermaßen zuverlässig abzuschätzen sind. Dabei stellen sich jedoch gerade bei der Energie besondere Probleme, wo sowohl bei der Energieerzeugung wie auch der Energieverwendung (einschliesslich Einsparungen) permanente Fortschritte zu verzeichnen sind. Die enorm hohe Kapitalintensität sowie die lange Lebensdauer bestehender Anlagen mit ihren grossen Senkkosten (sunk costs) machen es aber trotzdem – und auch trotz Schocks à la Tschernobyl – sehr wahrscheinlich, dass die Struktur der gesamten Energieversorgung bis weit ins 21. Jahrhundert hinein ungefähr gleich bleibt. Die Bedeutung des Öls wird wohl weltweit betrachtet relativ zurückgehen, aber absolut wird es noch lange klar dominieren. Die Kohle wird zulegen, ebenso wie die Nuklearenergie, die wie die Alternativenenergie bis zum Jahr 2000 bei etwa 10% anlangen könnte.

Dramatische Umwälzungen

Im Bereich der «neuen Materialien» ist der technische Fortschritt absolut ungebrochen. Dies wird dazu führen, dass es immer besser gelingen wird, von der Verwendung her definierte Materialeigenschaften künstlich zu entwickeln statt wie früher die besten Verwendungsmöglichkeiten natürlicher Materialien zu suchen. In Verbindung mit ganz neuen Prozesstechnologien sind hier ganz massive Material- und Kosteneinsparungen in Rechnung zu stellen. Materialien werden leichter, dauerhafter und reduzieren Friktionen und den Energieverbrauch. Energieeinsparung und Materialverbesserungen gehen Hand in Hand.

Die dramatischen Umwälzungen sowohl beim Computer wie bei der Telekommunikation werden sich ungebrochen fortsetzen – und dabei Informationsgewinnung, -verarbeitung und -übertragung immer mehr integrieren.

Die Luftfahrt wird weiter stark expandieren – und dies bei sinkenden Kosten dank leichterem Material und elektronischer Steuerung.

Wahrscheinlich wird sich die Biogenetik als derjenige Bereich herausstellen, in dem noch vor dem Jahr 2000 grundlegende Durchbrüche erzielt werden. Dabei stehen sowohl die direkte molekulare Manipulation des genetischen Materials wie die Kultur von gänzlich neuen Pflanzen – und Tierzellen im Vordergrund. Dies wird grosse